

## Offiziere im Unterricht

### Bundeswehr intensiviert Werbung. Soldaten und Wehrdienstberater indoktrinieren Schüler. Gewerkschaften und Jugendverbände rufen zum Widerstand

Frank Brendle

Über 400000 Schülerinnen und Schüler sind im vergangenen Jahr von Soldaten der Bundeswehr über die Kriegspolitik der BRD und Arbeitsmöglichkeiten bei der Truppe »unterrichtet« worden. Das ergibt sich aus einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten der Linkspartei Ulla Jelpke. Auf dem Schulungsplan der Militärs stehen zum einen »Informationen zur Sicherheitspolitik«, die Jugendoffiziere 113000 Schülern vermittelt haben. Diese ideologische Indoktrination wird von den Bemühungen der Wehrdienstberater, direkt Nachwuchs zu rekrutieren, noch übertroffen: Sie hielten über 11600 Vorträge an Schulen und erreichten dabei 290000 Jugendliche. Fast die Hälfte dieser Vorträge fand an Berufsschulen statt.

Im Jahr 2008 hatte es zwar noch mehr solcher Versuche gegeben, Schüler vom Militär zu überzeugen. Allerdings fährt die Bundeswehr ihre Werbestrategie nicht zurück, sondern baut sie nur um. So werden die Zentren für Nachwuchsgewinnung im laufenden Jahr ihre Messe- und Veranstaltungsbeteiligung von 547 Einsätzen auf 684 erhöhen. Anlässe sind bevorzugt Ausbildungs- und Jobmessen, aber auch Volksfeste. Außerdem werden Messestände und Infofahrzeuge der Bundeswehr vor Berufsinformationszentren und auf Pausenhöfen von Berufsschulen positioniert. Schuldirektionen werden zum Besuch der Ausstellungen eingeladen. Neben »Unterricht« bieten Jugendoffiziere auch Lehrerfortbildungen und Referendarausbildungen an. Erst im vorigen Dezember hatte das baden-württembergische Kultusministerium eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr getroffen. Sie legt den Lehrern nahe, Militärs einzuladen: »Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik«, heißt es darin. Während im Westen die Zahl solcher Schulanschreiben zurückgeht, ist im Osten eine Steigerung geplant.

Auch in diesem Jahr wird der »KarriereTreff« der Bundeswehr in 41 Städten Halt machen. Ausstellungen von Militärgerät und sogenannte Eventmodule wie Kletterwände und Konzerte präsentieren das Militär als sympathischen »Arbeitgeber«. Allein für diese Roadshow sind 1,4 Millionen Euro eingeplant. Die Bedeutung dieser Nachwuchswerbung ergibt sich vor allem daraus, daß wegen des Geburtenknicks immer weniger Jugendliche für die Truppe zur Verfügung stehen. Ein Teil der Kostensteigerung sei dem »erhöhten Bedarf an Bewachungsdienstleistungen zum Schutz des Personals und Materials gegen bundeswehrkritische Aktivisten« zuzuschreiben, so die Bundesregierung.

Gegen die Propagandakompanien der Bundeswehr regt sich allerdings Widerstand. Vor allem die Militärpräsenz an Schulen erregt Protest bei Schülern, Eltern und Lehrpersonal. Auf Initiative der DFG-VK Baden-Württemberg haben rund 100 Lehrer, Pädagogen und Mitglieder von ver.di und GEW zum Beispiel in einem offenen Brief dagegen protestiert, daß Schülern zum Thema Krieg und Frieden nur die Anschauung des Militärs vermittelt werden sollen. Das Kultusministerium verteidigte im Antwortschreiben, das gestern eintraf und *junge Welt* vorliegt, seine »besondere Wertschätzung« für das Militär.

Gewerkschafts-, Friedens- und Jugendinitiativen organisieren bundesweit Informationsveranstaltungen zu dem Thema, Schülergruppen beginnen, sich gegen Jugendoffiziere zu vernetzen. Die Abgeordnete Jelpke erklärte in einer Pressemitteilung, Schulen müßten Bildungsstätten bleiben und dürften nicht als

Rekrutierungsstätten fürs Militär mißbraucht werden.

**Weitere Infos: [www.lla-jelpke.de](http://www.lla-jelpke.de)**